

# Alles für den Markt

## **Allein der Ausbau des überregionalen Stromnetzes soll bis 2045 über 400 Milliarden Euro kosten. Bundesregierung und EU-Kommission wollen die Kosten weiterhin der Allgemeinheit aufbürden**

Von Ralf Hutter

Über 280 Milliarden Euro bis 2037, weitere 80 Milliarden bis 2045 – so hoch sollen, ab heute gerechnet, die Kosten des Ausbaus des deutschen Stromübertragungsnetzes mindestens sein, selbst bei Verfehlen der vorgeschriebenen Klimaschutzziele. Diese Zahlen ergeben sich aus dem ersten Entwurf zum neuen Netzentwicklungsplan, den die vier Netzbetreiber »50 Hertz«, Amprion, Tennet und Transnet BW im Dezember vorgestellt haben. Mit Übertragungsnetz ist das Hochspannungsnetz gemeint, das dem überregionalen Stromtransport dient. Es wird von diesen vier Unternehmen betrieben. Die regionalen und lokalen Stromnetze werden Verteilnetz genannt.

Für alle Stromnetzbetreiber gilt: Kosten für Netzerweiterungen müssen ihnen keine großen Kopfschmerzen bereiten, denn sie werden über die Netzentgelte auf alle Stromverbraucher (außer einem Teil der Schwerindustrie) umgelegt. Jedes Projekt ist ein sicheres Geschäft, denn die Netzbetreiber bekommen für ihre Investitionen gesetzlich garantierte Renditen, und die Projekte werden von der Bundesnetzagentur genehmigt.

### **Mächtige Investoren**

Wie verlockend die Tätigkeit als Übertragungsnetzbetreiber ist, zeigt schon die Eigentümerstruktur der vier Unternehmen. Transnet BW war bis 2023 eine Ausnahme, es war nämlich ein Tochterunternehmen des Konzerns EnBW, der mehreren Akteuren der öffentlichen Hand Baden-Württembergs gehört. Dann wurde in zwei Schritten je ein knappes Viertel der Unternehmensanteile verkauft, und zwar an die Südwest Konsortium Holding GmbH, die laut Selbstdarstellung »einen Großteil der baden-württembergischen Sparkassen« mit einigen Versicherungen und der Evangelischen Landeskirche Württemberg vereint, und an die staatliche Förderbank KfW.

Auch an »50 Hertz«, der im wesentlichen das Übertragungsnetz auf ehemaligem DDR-Gebiet betreibt, ist die KfW mittlerweile mit 20 Prozent beteiligt. Der Einstieg bei diesem Unternehmen sollte wohl verhindern, dass ein chinesischer Netzbetreiber sich beteiligte. Verkauft worden waren die Anteile von einem australischen Pensionsfonds, der sich 2010 zunächst 40 Prozent der Anteile gesichert hatte, die Hälfte davon aber später an den

Mehrheitseigentümer abtrat: die belgische börsennotierte Elia Group, die das belgische Hochspannungsnetz betreibt.

Auch an Tennet hat die KfW Anfang Februar etwas mehr als ein Viertel der Anteile gekauft. Vorher gehörte das Unternehmen komplett dem gleichnamigen staatlichen Stromnetzbetreiber der Niederlande. »Im September 2025 hatte die niederländische Regierung bekanntgegeben, dass der norwegische Staatsfonds Norges, der niederländische Pensionsfonds APG sowie der singapurische Staatsfonds GIC bis 2029 Anteile in Höhe von insgesamt bis zu 46 Prozent an Tennet Germany erwerben wollen«, schreibt die KfW auf ihrer Webseite.

Amprion gehört laut Selbstdarstellung zu fast drei Vierteln einem »Konsortium von Versorgungswerken und überwiegend deutschen institutionellen Finanzinvestoren aus der Versicherungswirtschaft«. Das vierte Viertel teilen sich der Energiekonzern RWE und das schwerreiche New Yorker Beteiligungsunternehmen Apollo Global Management, dem neben Unternehmen in diversen Branchen etwa die Internetfirmen Yahoo und AOL gehören.

Pensionsfonds, Versicherungen, Banken und ausländische Netzbetreiber investieren also seit vielen Jahren in deutsche Hochspannungsnetzbetreiber, der deutsche Staat hingegen muss immer wieder dazu gedrängt werden, nachdem er lange Zeit weitgehend außen vor geblieben war. Der Netzausbau ist zunächst teuer, die Profite sind aber langfristig gesichert, denn es existiert ein (quasi-)staatlicher Zwang sowohl für das weitere Anwachsen des Netzes als auch für dessen Finanzierung durch die Allgemeinheit.

## **Stromdrehscheibe Deutschland**

Der Hauptgrund für den umfangreichen und sehr teuren geplanten Ausbau des Übertragungsnetzes ist der europäische Stromhandel. »Deutschland ist Drehscheibe des EU-Stromhandels«, »Transitland und zentraler Garant von Liquidität im Stromterminhandel für einen großen Teil Zentraleuropas«, schrieb das Bundeswirtschaftsministerium 2025. Diese Formulierungen finden sich im [»Aktionsplan Gebotszone«](#) des Ministeriums, in dem es seinen festen Willen ausführte, die Aufspaltung der deutschen Strompreiszone zu verhindern. An der europäischen Strombörse bezahlen alle Käufer, die in Deutschland Strom verbrauchen wollen, denselben Preis. Es ist da also egal, wo der Strom erzeugt und wo er verbraucht wird – der Transport wird nicht in Rechnung gestellt.

Ebenfalls nicht in Rechnung gestellt werden ihnen die Kosten für die Strominfrastruktur. Die fallen überwiegend bei den regionalen Verteilnetzbetreibern an. Somit sind die Netzentgelte in Regionen mit vielen Wind- und Solarparks, aber relativ wenig Bevölkerung, besonders hoch. Das ist besonders ungerecht, weil diese Regionen den Ökostrom für andere Teile der Republik mitproduzieren. In Mecklenburg-Vorpommern wird schon längst, übers Jahr gerechnet, mehr Strom erzeugt als verbraucht, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein könnten diesen Status bald erreichen. Deshalb setzten sich die Regierungen der nord- und ostdeutschen Bundesländer in den letzten Jahren für eine Umverteilung dieser Energiewendekosten ein. Sie hatten Erfolg: In einem ersten Schritt ermöglichte der Bundestag eine teilweise Umwälzung der Kosten ab Anfang 2025. Die Bundesnetzagentur schrieb in

einer [Pressemitteilung von Oktober 2024](#), dass ein Durchschnittshaushalt mit rund 3.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder dem nördlichen Brandenburg so 100 bis 200 Euro pro Jahr spare.

Vor allem süd- und westdeutsche Landesregierungen sowie Unternehmensverbände sperren sich aber vehement gegen eine Aufspaltung der einheitlichen deutschen Börsenpreiszone. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) positionierte sich im Oktober 2025 auf dieser Seite: Andernfalls seien Industriestandorte gefährdet, so der DGB.

Eben wegen dieser einheitlichen Preiszone ergibt sich immer mal wieder ein zu großer Bedarf nach Stromtransport von Norddeutschland und -europa in den Süden. Abhelfen sollen vor allem sogenannte Stromautobahnen, die besonders teuren, aber über lange Strecken relativ verlustfrei arbeitenden Gleichstromtrassen (das Netz arbeitet sonst mit Wechselstrom), deren Bau sich mittlerweile um viele Jahre verspätet. Seit den frühen 2010er Jahren wird dieser sehr teure Ausbau des Übertragungsnetzes mit dem Schlagwort »Windstrom für den Süden« gerechtfertigt. Das ist jedoch Unsinn, denn so eine Stromleitung transportiert nicht nur einen auf eine bestimmte Weise erzeugten Strom, und im Norden gab und gibt es verschiedene Quellen.

Das zeigt sich an »Südlink«, der längsten und leistungsstärksten geplanten Leitung. Sie soll ein Doppelstrang werden: Die beiden nördlichen Enden liegen, grob gesagt, in Nordseennähe, und ab dem Raum Hamburg sollen die Leitungen zusammen bis in den Raum Schweinfurt im nordwestlichen Bayern verlaufen, von wo der eine dann nach Heilbronn im nördlichen Baden-Württemberg weitergeführt wird. Diese Leitungen hätten bisher auch dänischen Kohlestrom und schwedischen AKW-Strom transportiert. Kaum jemandem fiel der Widerspruch auf, dass dieselben Bundes- und Landesregierungen, die die gesamten 2010er Jahre über den Ausbau der Ökostromproduktion im wesentlichen sabotierten, die großen Gleichstromtrassen für den weiträumigen Transport mit der Energiewende rechtfertigten. Die Stromnetzplanung hatte damals auch ganz offiziell nichts mit der Energiewende zu tun. Erst seit 2022 ist gesetzlich vorgeschrieben, dass sich die Planungen »an den gesetzlich festgelegten sowie weiteren klima- und energiepolitischen Zielen der Bundesregierung ausrichten«.

Doch die seit bald 15 Jahren anhaltende Volksverdummung geht weiter. In seinem Bericht von der Eröffnung der ersten »Südlink«-Baustelle in Thüringen im November schrieb Transnet BW (das hier ausnahmsweise auch außerhalb - Baden-Württembergs arbeitet) [auf seiner Webseite](#): »Suedlink ist das zentrale Infrastrukturprojekt der Energiewende.« Übrigens zeigt schon die nichtdeutsche Schreibweise des Namens, dass es um eine Leitung für den europäischen Markt geht. Genauso bei Tennet, wo eine Leitung namens »Suedwestlink« geplant wird. Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) war ebenfalls vor Ort und ließ sich [mit den Worten zitieren](#): »Der Bauauftakt in Thüringen ist ein bedeutender Schritt für die Versorgungssicherheit der gesamten Bundesrepublik.«

Das ist unwahr. Seit langem ist aus den alle zwei Jahre neu erarbeiteten Netzentwicklungsplänen (NEP) bekannt, dass der hin und wieder nötige große

Bedarf nach einem Stromtransport von Nord nach Süd nicht von einem Mangel im Süden verursacht wird, sondern von einem hohen Stromaufkommen im Norden, das wegen seines niedrigen Preises und des europäischen Marktmodells in Süddeutschland und angrenzenden Ländern nachgefragt wird. »Wir machen hier keine Versorgungssicherheitsstudie«, sagte ein Sprecher der Netzbetreiber bei der offiziellen Vorstellung des NEP-Entwurfs im Dezember in Berlin.

Jeder NEP rechnet mehrere langfristige Szenarien durch. [Im aktuellen Entwurf](#) ist über den Szenariorahmen zu lesen, dass er »die Entwicklung der nationalen und europäischen Energieversorgung abbildet«. Es geht um eine »Simulation des europäischen Strommarkts«. Schon im März 2020 schrieb das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [in seinem Internetauftritt](#), dass die in der EU-Strommarktverordnung geforderten großen Austauschkapazitäten mit Nachbarländern »für erhebliche Engpässe im innerdeutschen Stromnetz sorgen«.

## **Immense Kosten**

[Das aktuelle Netzausbauszenario A](#) verursacht Investitionen von geschätzt rund 283 Milliarden Euro bis 2037 und weiteren fast 80 Milliarden Euro bis 2045. In diesem Szenario wird aber »der gesetzlich vorgeschriebene Ausbaupfad der erneuerbaren Energien deutlich unterschritten«, wie im NEP-Entwurf zu lesen ist. Szenario B ist auf Linie der offiziellen Klimaschutzziele, kostet aber 17 Milliarden Euro zusätzlich bis 2037 und ein Plus von weiteren über 24 Milliarden Euro bis 2045, also letztendlich rund 404 Milliarden Euro in den kommenden 19 Jahren.

Immerhin schreiben die vier Netzbetreiber gleich in der Einleitung: »Wesentliche Einsparpotentiale ergeben sich insbesondere durch die Verringerung der Offshorenetzanbindungssysteme sowie der landseitigen HGÜ.« Dieser Satz hat es in sich, denn er richtet sich faktisch gegen die zentralen kapitalintensiven Großprojekte.

»Offshore« bedeutet im Meer. Die Planungen für Meereswindparks bekommen im NEP eigene Kapitel, da sie so umfangreich und teuer sind. Dort heißt es an einer Stelle: »Es ergibt sich für den Offshorenetausbau ein Gesamtinvestitionsbedarf zwischen 100,5 und 113,5 Milliarden Euro bis 2037 und zwischen 153,3 und 171,3 Milliarden Euro bis 2045.« Das sind also im nicht klimaschutzkonformen Szenario A über ein Drittel der Gesamtkosten und mehr als die Hälfte der Mehrkosten des Szenarios B. Diese Zahlen scheinen übrigens den Wunsch auszudrücken, dass die Energiewende zu einem beträchtlichen Teil auf dem Meer und somit in den Händen von Konzernen stattfinden soll – die Annahmen zur Entwicklung der quasi basisdemokratischen Solarenergie sind im NEP bemerkenswert zurückhaltend.

Der zweite bemerkenswerte Aspekt am zitierten Satz in der Einleitung ist das Kürzel HGÜ. Es steht für Hochspannungsgleichstromübertragung. Damit sind die sogenannten Stromautobahnen gemeint. Der NEP enthält eine dreistellige Zahl (vielleicht sind es sogar über 200, eine fortlaufende Nummerierung fehlt) an Maßnahmen. Darunter sind nur ein Dutzend HGÜ-Leitungen. Diese wenigen Projekte tragen unverhältnismäßig viel zu den Gesamtkosten bei. Übrigens ist

in den seitenlangen Tabellen ersichtlich: Von den relativ wenigen Gleichstromprojekten sind die allermeisten Teil des auf europäischer Ebene erstellten Wunschnetzes, wohingegen das bei den restlichen Leitungsprojekten nur bei den allerwenigsten der Fall ist.

Da die Netzbetreiber selbst auf Einsparpotentiale hinweisen, obwohl sie jeden investierten Euro mit staatlich garantierter Rendite zurückbekommen, kann der Verdacht entstehen, dass ihnen die Kosten nun selbst über den Kopf wachsen. Dieser Eindruck wird bestärkt durch Verlautbarungen zu den erwähnten Verkäufen von Unternehmensanteilen von Transnet BW und Tennet, in denen der große Investitionsbedarf erwähnt wird, der nun von den neuen Miteigentümern mitgetragen wird.

Wie immens der Investitionsbedarf ist, zeigt sich schon daran, dass der Bundestag im November einen Zuschuss freigegeben hat (wobei sich übrigens die gesamte Opposition enthielt, was man als stillschweigende Zustimmung interpretieren kann). Um den Anstieg der Netzentgelte zu dämpfen, gehen nun alleine für das laufende Jahr 6,5 Milliarden Euro an die vier Netzbetreiber. Der Bundesrat sprach sich dabei dafür aus, diese Zahlung für weitere Jahre festzuschreiben, worüber der Bundestag aber erst später entscheiden will. Wenn das auch nur annähernd so weitergeht, sind die im Netzentwicklungsplan enthaltenen Summen für die kommenden 19 Jahre stark ergänzungsbedürftig.

## **Alternatives Marktmodell**

Angesichts all dieser hohen Summen stellt sich die Frage, was es die Stromverbraucher zusätzlich zum heutigen Preisgefüge kosten würde, wenn dieser Netzausbau nicht stattfände. Darauf antwortete die gemeinsame Pressestelle der vier Netzbetreiber gegenüber der Fachzeitschrift *Neue Energie* im Januar ausweichend: »Der gesetzliche Auftrag an die Übertragungsnetzbetreiber besteht darin, das Übertragungsnetz so auszubauen, dass ein weiträumiger Transport von Strom aus erneuerbaren Energien möglich wird. Ohne den weiteren Ausbau des Übertragungsnetzes könnte die Energiewende nicht weiter vorangetrieben werden.«

Die gegenteilige Meinung vertrat im Juni Klaus Mindrup, der von 2013 bis 2021 für die SPD im Bundestag saß und heute unter anderem im Fachbeirat des »Bündnisses Bürgerenergie« aktiv ist. Zum Ausbau des überregionalen Stromnetzes sagte er in einem Interview mit *N-TV*: »Netzausbau ist sinnvoll, aber man kann kein Stromnetz bauen, das auf die Einspeisung von Erneuerbaren ausgelegt ist. Das geht nicht. Nie. Flexibilität muss man vor Ort organisieren, dann kann das Netz auf die Abnahme ausgelegt werden. Sonst wird es unbezahlbar.« Er sprach sich für »ein zelluläres System« aus dezentralen, relativ eigenständigen regionalen Netzen aus und hob die große Bedeutung von Speichern hervor (die von den Bundesregierungen schon immer missachtet wird).

Mindrup zufolge wird in den meisten liberalisierten Strommärkten außerhalb Europas darauf geachtet, dass gehandelter Strom auch transportiert werden kann. Im US-Bundesstaat Kalifornien etwa betreiben die Stromnetzbetreiber aus eigenem Interesse viele große Speicher, weil sie damit temporäre große Transportanforderungen ohne zusätzliche Leitungen erfüllen können.

Kaliforniens Größe ist vergleichbar mit der Deutschlands, allerdings bei einer weniger als halb so großen Einwohnerzahl. Im November verkündete Gouverneur Gavin Newsom beim UN-Klimagipfel in Brasilien stolz, sein Bundesstaat verfüge über Stromspeicher mit fast 17 Gigawatt Leistungskapazität. Bei seinem Amtsantritt 2019 seien es nicht einmal 0,8 Gigawatt gewesen. Die (besonders netzdienlichen und wohl kommerziell betriebenen) Großspeicher machten dabei fast 14 Gigawatt aus. Zudem gab es in 200.000 Haushalten Speicher mit insgesamt 2,2 Gigawatt, und in staatlichen und gewerblichen Einrichtungen mit 0,85 Gigawatt.

In Deutschland, wo viel mehr Menschen zu versorgen sind, sahen die Zahlen laut dem von der Technischen Hochschule Aachen betriebenen Portal *Battery-charts.de* im Januar fast genau umgekehrt aus: 2,6 Gigawatt Großspeicher, 0,66 Gigawatt Gewerbespeicher und 13,3 Gigawatt kleine Heimspeicher. Hier tun also nicht wenige Privathaushalte implizit etwas für die Stabilisierung des Stromnetzes, während die Regierungen den schon immer absehbaren Bedarf nach Speichern zum Ausgleich der fluktuierenden Ökostromproduktion stets ignoriert haben.

## **Der Kampf der Basisinitiativen**

Ein Teil der Zivilgesellschaft befindet sich zudem seit Jahren im offenen Kampf gegen das europäische Strommarktmodell. Seit in den frühen 2010er Jahren die Pläne für die damals neuartigen HGÜ-Trassen bekanntwurden, gab es in den betroffenen Regionen Proteste dagegen, am stärksten in Bayern, wo neben »Südlink« auch die Leitung »Südostlink« in der Kritik stand, die sich, von Sachsen-Anhalt kommend, durch den Osten des Bundeslandes ziehen soll. Die Proteste waren so heftig, dass der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) die bundesweite Hochspannungsnetzplanung umkremelte, indem er eine Verlegung der Leitungen unter die Erde verlangte. Was damals schon absehbar war, wird mittlerweile von den Netzbetreibern offiziell beklagt: Die Umplanungen haben nicht nur Jahre an Zeit gekostet, sondern die Erdkabel verteuern die Maßnahmen erheblich.

Seehofer tat so, als ob sich die Protestinitiativen vor allem gegen eine Störung des Landschaftsbildes richteten, aber etliche von ihnen hatten die Bedeutung des europäischen Stromhandels erkannt und kämpften gegen die entsprechenden Vorgaben. Wissenswert ist dabei: HGÜ-Leitungen haben keine Abzweigungen. Sie durchfurchen das Land, belasten Äcker und Wälder, aber die betroffenen Regionen haben nichts davon. Die im ländlichen Raum starken Freien Wähler waren gegen die Trassen, doch seit ihr Parteivorsitzender Hubert Aiwanger Wirtschaftsminister (und Vizeregierungschef) ist, haben sie diesen Konflikt mit der CSU mehr oder weniger begraben. Aber auch Teile der Grünen-Basis kämpften gegen die Trassen. Der Kreisverband Bayreuth-Land ließ sogar eine Zeitlang seine Mitgliedschaft im Grünen-Landesverband ruhen, weil sich die Verbandsspitze für die Trassen aussprach.

Sehr bedeutsam ist Bayern in dieser Debatte auch, weil die Kritik dann sogar von einer für viele Menschen wohl überraschenden Seite kam: Im Winter 2020/21 drückte die Landesgruppe Bayern des Verbands Kommunaler Unternehmen – also gerade auch viele Stadtwerke – ihre Ablehnung der HGÜ-Planungen aus, die damals dem Bundestag zur Beschlussfassung vorlagen. Sie

wies darauf hin, dass diese Leitungen gerade nicht der Energiewende dienen, sondern dem europäischen Stromhandel.

Da an »Südlink« mittlerweile vielerorts gebaut wird, dokumentieren die kritischen Basisinitiativen Umweltfolgen der Baustellen. Es geht dabei vor allem um sogenannte Ausbläser. Bei der Bohrung der Tunnel für die Leitungen sind die darüberliegenden Erdschichten nicht gleich dick und fest, so dass manchmal die Bohrflüssigkeit an der Erdoberfläche ausdringt. Das in den Tunnel gedrückte Gemisch aus Wasser und Bentonit, einer Tonart, soll den Bohrkern kühlen und die ausgebohrte Erde abtransportieren.

In Baden-Württemberg wurden schon in den ersten Monaten des Jahres 2025 Aufnahmen von ausgetretener Bohrflüssigkeit und Gegenmaßnahmen des Bauunternehmens erstellt, in der Region Würzburg sorgten solche Fälle im Dezember für Aufsehen. Der *Bayerische Rundfunk* berichtete nach Anfragen an die regionalen Wasser- und Abfallämter: »Das Gemisch sei nicht schädlich für die Umwelt, solange es nicht in Bäche gelange.«

Das »Aktionsbündnis Trassengegner« schrieb aber in einer [Pressemitteilung von Januar 2026](#): »Die Mischung aus Bentonit und Polymeren bildet im Ruhezustand eine gelartige Masse, die Kleintiere, Fische und Amphibien ersticken kann. Fachlich ist es zweifelsfrei so, dass solche Bohrspülungen nach Ausbläsern als entsorgungspflichtiger Abfall gelten.« Tatsächlich ließ das Bauunternehmen im Würzburger Fall auch mehrere Kubikmeter Erde wegbaggern und entsorgen. Im *Bayerischen Rundfunk* kam aber auch eine Aktivistin zu Wort, die von einem »Teich mit Bohrflüssigkeit« berichtete. Zudem legten die Initiativen im November bei einer Onlinepräsentation Bilder von zwei Bächen in Baden-Württemberg vor, die mit Rohren aus ihren Betten umgeleitet wurden, weil in unmittelbarer Nähe Bohrflüssigkeit ausgetreten war. Bündnissprecherin Dörte Hamann bestätigt auf Anfrage: »Bentonit in fließendem Gewässer hatten wir. Die Reaktionen der Behörden waren unzureichend. Die Bohrflüssigkeit legt sich ›wie ein Leichentuch auf die Wasseroberfläche‹, sagte ein Vertreter des BUND.« Die Umweltschutzorganisation ist übrigens schon aus allgemeinen politischen Gründen gegen die HGÜ-Trassen.

Auf Anfrage zu diesen und weiteren Vorwürfen antwortet die Pressestelle des zuständigen Unternehmens Transnet BW: »In der Rubrik ›Linksextremismus‹ kommt der Verfassungsschutz zu dem Ergebnis, dass es sich bei *junge Welt* um eine Tageszeitung handle, die die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung nach klassisch marxistisch-leninistischem Verständnis anstrebt. Wir werden Ihre Anfrage deshalb nicht beantworten. Transnet BW steht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und lehnt verfassungsfeindliche Bestrebungen ab.«

Hingegen hat die Bundesnetzagentur ausführlich Nachfragen zum Vorwurf des Protestbündnisses, Transnet BW weiche bei der Bauausführung zu sehr von den genehmigten Leitungsverläufen ab, beantwortet: Solche Planänderungsanträge seien gängig, und die Einwendungen der zwar informierten, aber irritierten Betroffenen würden derzeit geprüft.

Ralf Hutter schrieb an dieser Stelle zuletzt am 8. November 2025 über die Abschaffung physischer Infrastruktur unter anderem bei der Deutschen Bahn: » [Regierungsziel ›Volldigitales Land‹](#)«

*<https://www.jungewelt.de/artikel/518054.energiepolitik-alles-für-den-markt.html>*